

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 30 (1989)
Heft: 20

Rubrik: Der Kommentar

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DER KOMMENTAR

Wieviel hält die Union aus?

Man kann, heisst es, alle Schlachten gewinnen und den Krieg verlieren. Trifft etwas ähnliches auf Michail Gorbatschow zu? Er kriegt, scheint es, sämtliche Tagungen in den Griff, derweil ihm die Sowjetunion entgleitet.

Im September konzentrierte sich das Interesse wieder so ausschliesslich auf die Partei, als ob man das staatlich massgebliche und selbständige Gremium des Obersten Sowjets vergessen dürfe, als ob die alte (aber immer noch als Verfassungsgrundsatz verankerte) Devise, wonach die Partei den Staat leite und kontrolliere, wieder zur selbstverständlichen Voraussetzung geworden sei. Natürlich kann sich das Bild bis zur nächsten Tagung wieder ändern, aber die unentschiedene Frage der institutionellen Massgeblichkeit stört die Verlässlichkeit der Macht dauernd, ob Volksmacht oder Parteimacht.

Auf der Plenartagung des Zentralkomitees trat Gorbatschow in seiner Eigenschaft als Generalsekretär der KPdSU auf und beherrschte die Szene als Erneuerer der Partei und Bewahrer der Sowjetunion.

In seiner Rede zur Nationalitätenfrage (der schiere Ausdruck wird allmählich zu einem Merkmal der Problemverknennung und der Verniedlichung) liess Gorbatschow keinen Zweifel daran, dass er den territorialen Bestand der Union erhalten will. Das ist als Raison d'état einsichtig genug, aber es kann sich in den ausserrussischen Gebieten nur

kontraproduktiv auswirken, wenn man dazu ausgediente Argumente herholt, die jeglicher Raison entbehren. Und mindestens bezüglich der baltischen Länder war das der Fall.

Gorbatschow verurteilte schon den Hitler-Stalin-Pakt in einer Weise, die zwar als Abkehr von den früheren offiziellen Lügen sicher nicht die alte Leier war, aber für die heutigen Belange viel zu schwächlich ausfiel, nämlich als eine blosser Entgleisung von der richtigen sowjetischen Politik.

Was dann der nur falschen Dimensionierung folgte, war hingegen schlimmer. Gorbatschow beharrte darauf, dass die drei baltischen Länder 1940 (damals von der Sowjetarmee gemäss Vereinbarung mit Hitler besetzt) der UdSSR freiwillig beigetreten seien. Das spottet nicht nur der historischen Tatsache, fällt nicht nur hinter die Glasnost-Geschichtsschreibung in der Sowjetunion selbst zurück, sondern überschreitet auch die Grenze zum Affront gegenüber den drei baltischen Ländern, die zugleich drei Sowjetrepubliken sind. Deren Parlamente und Behörden – sowjetisch anerkannte Gremien immerhin – haben die Unfreiwilligkeit des damaligen Beitritts festgestellt, wie das denn auch der schlichten Wahrheit entspricht. Wenn nun die Moskauer Parteizentrale an der alten Fiktion festhält – und groteskerweise noch als herausgelösten Bestandteil einer sonst aufgegebenen Fiktion –, sehen sich die Balten geradezu gezwungen, der gesamtsowjetischen

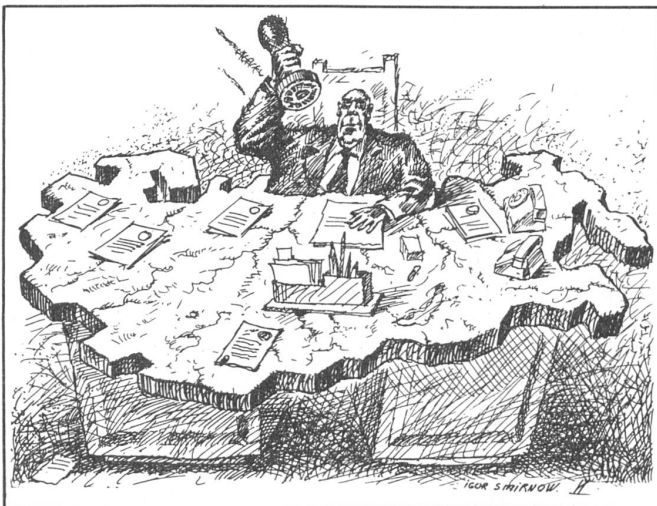
Führung sowohl den guten Glauben als auch den guten Willen abzusprechen.

Die Vorstände der baltischen Volksfrontbewegung haben sich gegen einen enormen Druck ihrer Basis bemüht, die Sezessionsbegehren zu dämpfen und einer neu zu konzipierenden sowjetischen Föderation eine Chance zu geben. Es liegt an Moskau, dieses Unterfangen, das schon schwierig genug ist, nicht noch zu sabotieren. Auch das wäre Raison d'état in einem Staat, der aus 15 Sowjetrepubliken besteht und mindestens zur Hälfte von Nichtrussen bewohnt wird.

Besser nimmt sich immerhin der nationalitätenbezügliche Beschluss des Zentralkomitees aus, den wir anhand seines Entwurfs in Nr. 18 (S. 5) skizziert hatten. Er sieht eine erhebliche Aufwertung der föderativen Rechte der Sowjetrepubliken vor und hätte vor zwei Jahren noch eine Sensation an diesbezüglichen Fortschritten bedeutet. Nur hinkt er heute den Ereignissen hinterher. Die Volksfrontbewegung hat inzwischen auf die Ukraine und auf Weissrussland übergegriffen, ohne dass von Moskau aus rechtzeitig ein Rahmen dafür geschaffen worden wäre.

Die personellen Änderungen im Politbüro sind wiederum ein Zeichen dafür, dass es mindestens mit der gesamtsowjetischen Sache der Perestrojka weitergehen soll, die als gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Prozess von der Bürokratie praktisch behindert bis grundsätzlich angefeindet wird. Angesichts einer Versorgungslage, die in den letzten Monaten immer nur schlechter statt besser geworden ist, braucht es tatsächlich einen neuen Impetus; in der Weite des Landes verschleisst sich die Sache ohnehin.

Setzt die Erneuerung der Parteiführung ein Zeichen auch in der nationalen Frage? Vielleicht. Aus dem Politbüro entlassen worden ist neben Viktor Tschebrikow und Viktor Nikonow auch Wladimir Schtscherbizki, der ukrainische Parteichef. Er hatte von Kiew aus sowohl die Perestrojka am Aufkommen gehindert als auch die nationale Emanzipation unterdrückt, eine verhasste Figur bei den gesellschaftlichen Neuerern und bei den (mit diesen natürlich vereinbaren) Nationalisten. Nun ist er auch als ukrainischer Parteichef durch den weder so noch anders festgeschriebenen Wladimir Iwaschko ersetzt worden, und man wird weitersehen. Aber die Meinung der Moskauer Zentrale lässt sich ohne grosse Mühe schon voraussagen: So Leute, von dem Schtscherbizki haben wir euch befreit; seid schön dankbar dafür und übertreibt nicht auf der andern Seite mit eurem Unabhängigkeitsgetue. Aber bis dahin werden die Dinge weitergediehen sein. Dort und anderswo. *Christian Brügger*



Karikatur «Moscov News», Moskau, 27. 8. 1989